

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbant — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 83 327



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepalte 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“ „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 292

Bad Schandau, Donnerstag, den 15. Dezember 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Montag einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen Genfer Abkommen, internationales Seewesen und Auswanderungsfragen.

* Das neue amerikanische Flottenbauprogramm ist dem Kongress zugewandt.

* Der Riesenbetrugsprozess gegen den sogenannten Reichsbauverein in Breslau, einem betrügerischen Bauverein, wird nicht weniger als 805 Zeugen aufweisen. Der Prozess wird zwei volle Monate im Anspruch nehmen. Die Anklageschrift mußte ihres Buchumfangs wegen gedruckt werden.

Die Schlichtungsverhandlungen im Eisenkonflikt.

Vertagung der Düsseldorfer

Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag.

Düsseldorf, 14. Dezember. Die heutigen Schlichtungsverhandlungen in der Eisenindustrie blieben wiederum ergebnislos. Sie wurden gegen 22 Uhr auf Donnerstag, den 15. Dezember, vormittags vertagt.

Gleiwitz, 15. Dezember. Die für Donnerstag angelegten Verhandlungen über die Stilllegungsanträge der ober-schlesischen Eisenindustrie sind bis auf weiteres vertagt worden, da erst das endgültige Ergebnis der Verhandlungen der großen Verbände mit dem Reichsarbeitsminister abgewartet werden soll.

Sonderverhandlungen in Siegen.

In Siegen fand die erste von der Siegerländer Schwerindustrie beantragte Stilllegungsverhandlung statt. Die Gewerkschaften lehnten bei den Verhandlungen vor dem zuständigen Schlichter jede Aussprache und Erklärung ab, auch deshalb, weil die örtlichen Vergleutungen auf die Durchführung oder Aufhebung der Stilllegung keinerlei Einfluß besäßen. Vom Vorsitzenden wurde darauf erklärt, daß er den zuständigen Behörden Bericht erstatten würde und weitere Stilllegungsverhandlungen sich hierdurch erübrigten.

Lohnerhöhungen in Oberschlesien.

In dem Konflikt in der weiterverarbeitenden Metallindustrie Oberschlesiens hat die Schlichterkammer unter Vorsitz des ständigen Schlichters, Professor Brahn, einen Schiedspruch gefällt, nach dem die tariflichen Gehälter ab 1. Januar 1928 um 5,5 Prozent erhöht werden. Die Dauer des neuen Vertrages ist bis zum 30. Juni 1928 mit einer erstmalig am 31. Mai in Kraft tretenden Kündigungsfrist festgesetzt worden. Die Erklärungsfrist der Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs läuft bis zum 22. Dezember d. J. Auch im Bergbau werden Lohnerhöhungen, und zwar um 80 Pfennig je Schicht, verlangt. Sollten die Arbeitnehmer bis zum 20. Dezember eine Antwort in ihrem Sinne von der Arbeitgeberseite nicht erhalten, so treten sie in den Streik.

Neue Regierung in Braunschweig.

Ein sozialistisches Kabinett.

Bei der am Mittwoch im Braunschweigischen Landtag vorgenommenen Wahl des neuen Ministeriums wurden für die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Abgeordneten Rechtsanwalt und Notar Dr. Jasper, Betriebsratssekretär Steinbrecher und Lehrer Sievers je 25 Stimmen abgegeben. 22 Stimmentzettel waren unbeschrieben. Die Gewählten erklärten, die Wahl annehmen zu wollen.

Die bisherige Rechtsregierung ist zurückgetreten, weil im Landtag keine tragbare Mehrheit für sie vorhanden war. Von den 48 Sitzen im Landtag waren bei den kürzlichen Wahlen 24 Sitze an die Sozialdemokraten gefallen. Als Präsident des Landtages fungiert der Sozialdemokrat Wesseler, als Vizepräsident sind der Volksparteiler Wessel und der Deutschnationale Dr. Koff gewöhlt.

Die Vertreter der Rechten gaben eine Erklärung ab, in der sie der neuen Regierung für den Fall, daß sie nicht sachlich regiere, den schärfsten Kampf ansagen. Der demokratische Redner erklärte die neue Regierung für ein Provisorium, das ehestens durch eine Koalitionsregierung der Mitte abgelöst werden müsse. Die Kommunisten erklärten sich zur Unterstützung der Regierung nur unter der Bedingung bereit, daß die proletarischen Grundforderungen die volle Beachtung der sozialistischen Regierung erfahren. Die nächste Landtagssitzung, in der die Regierungserklärung erfolgen wird, findet Anfang Januar statt.

Die Befoldungsvorlage vom Reichstag endgültig angenommen

Berlin, 14. Dezember. Im Reichstage wurde heute nach mehr als 10stündiger Sitzung die Befoldungsvorlage in der Schlussabstimmung mit 333 gegen 53 Stimmen der Kommunisten, des Bayerischen Bauernbundes und der Wirtschaftspartei bei 16 Enthaltungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die Sozialdemokraten hatten zur dritten Beratung ihren Antrag, die Pensionen auf 12 000 Mark

zu begrenzen, erneut eingebracht. Er wurde mit 217 gegen 176 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Zu der Schlussabstimmung über das Befoldungsgesetz im Reichstag wird ergänzend gemeldet, daß gegen das Gesetz noch gestimmt haben 4 Abg. der Bayerischen Volkspartei aus ländlichen Bezirken und der Abg. Imbusch vom Zentrum.

(Reichstagsstimmungsbericht auf Seite 4)

Eisenbahnunfall des Berlin-Münchener Schnellzuges.

Nürnberg, 14. Dezember. Einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Nürnberg zufolge ist heute nachmittags gegen 17½ Uhr die Lokomotive und ein Packwagen des Schnellzuges 240 in der Nähe von Lichtensfels entgleist. Der nachfolgende Personenwagen wurde beschädigt. Bisher sind sieben Personen als verletzt gemeldet. Als Ursache des Unfalls wurde festgestellt, daß der von Lichtensfels kommende Güterzug bei der Einfahrt auf einen auslaufenden Leerwagenzug aufsteig und einen Wagen dieses Zuges gegen den Schnellzug warf. Der Präsident und der Betriebsdezernent der Reichsbahndirektion Nürnberg haben sich an die Unfallstelle begeben.

Die Ergebnisse von Genf.

Eine halbamtliche Darstellung.

Über die Auffassung der von deutscher Seite an der Tagung des Völkerbundes beteiligten wird bekannt, daß man sich in diesen Kreisen gegen eine Unterschätzung der Bedeutung der Genfer Ergebnisse wendet. Der in Genf erzielte Erfolg ist deshalb nicht zu unterschätzen, weil man doch Litauens Existenz auf einige Zeit gesichert hat, sogar in Gegenwart Pilsudskis. Die Polen haben Litauens Souveränität anerkannt. Wenn auch in der Wilna-Frage, die zum erstenmal in Genf ausdrücklich erwähnt wurde, keine Lösung erzielt worden ist, so ist diese doch angebahnt worden, womit man wohl zufrieden sein kann.

Die Situation war sehr ernst. Es bestand Kriegszustand und Pilsudski hätte daraus Folgerungen ziehen können, wenn an den Grenzen bisher auch nichts passiert war. Diese Lösung stand keineswegs unter irgendeinem Druck Pilsudskis und Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat mit Recht in seinem Schreiben an den Ratspräsidenten diesen Sachverhalt gegenüber Unterstellungen hervorgehoben, durch die die immerhin beträchtliche Leistung der Ratsmitglieder herabgewürdigt werden sollte.

Parter Gilbert

und die Begebung von Reichsbahnvorzugsaktien.

Frankfurt a. M., 15. Dezember. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ist der Reparationsagent Parter Gilbert am Mittwoch nach den Vereinigten Staaten abgereist. Der Bericht, dem diesmal mit einer gewissen Spannung entgegengesehen wird, ist fertiggestellt, doch ist nach dem augenblicklichen Stand der Dinge mit einer Veröffentlichung noch in dieser Woche kaum zu rechnen. In der letzten Zeit hätten, wie das Blatt meint, Besprechungen zwischen dem Reparationsagenten und der Reichsbahngesellschaft über Kapitalsaufnahme auf dem amerikanischen Markt durch Begebung von Vorzugsaktien stattgefunden. An den Besprechungen sei auch der Reichsbankpräsident beteiligt gewesen. Ein positives Ergebnis hätten die Verhandlungen bisher anscheinend nicht gehabt, doch steht fest, daß der Eisenbahnkommissar Lervere, der zu den Beratungen ebenfalls zugezogen wurde, gegen die Begebung von Vorzugsaktien im Ausland nichts einzuwenden habe.

Polnische Annäherung.

Polnisches Ultimatum an die Danziger Eisenbahner.

Danzig. Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig hat dem Danziger Eisenbahner-Verband ein Ultimatum gestellt. Nach diesem soll der Verband bis zum 1. April seine Organisation innerhalb des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands aufgeben. Die Direktion will nur mit einem rein Danziger Verband zusammenarbeiten.

München. Der Großadmiral von Tirpitz hat sich in Feldafing am Starnberger See angekauft und will künftig seinen Sommerwohnsitz dahin verlegen.

Brüssel. Der Senat hat mit 85 gegen 53 Stimmen einen Antrag angenommen, in dem dem neuen Kabinett Jaspard das Vertrauen ausgesprochen wird.

Folgenschwerer Zusammenstoß zwischen Polizei und Gefindel.

Jena, 14. Dezember. Die hiesige Polizei hatte heute nachmittags bei Einbruch der Dunkelheit im Glashütten-Viertel einen schweren Zusammenstoß mit zwei verdächtigen Männern. Während einer von ihnen festgenommen werden konnte, machte der andere von der Schußwaffe Gebrauch und schoß zwei Kriminalpolizisten nieder, von denen der eine sofort tot war. Die Verletzungen des anderen geben zu Bedenken Anlaß. Der Erschlagene heißt Heß, der Schwerverletzte Schumann. Ein großes Polizeiaufgebot ist hinter dem Flüchtigen her.

Ein neuer englischer Seeabrüstungsplan.

London. Der Vertreter des Foreign Office teilte auf eine Anfrage des Abg. Kennworthy mit, daß die Regierung einen neuen Plan für die Beschränkung der Seeabrüstungen ausarbeite, um ihn auf der kommenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes vorzulegen, falls die Umstände es ratsam erscheinen ließen. Die britischen Delegierten auf dieser Konferenz würden volle Entscheidungsfreiheit erhalten, um je nach der politischen Situation zu entscheiden, ob die englischen Abrüstungsvorschläge zur Sprache gebracht werden sollen oder nicht. Näheres über die Natur des Planes könne jetzt nicht bekannt gegeben werden.

Berichte der Militärattaches über die Lage an der polnisch-litauischen Grenze.

Genf, 15. Dezember. Die Militärattaches Englands, Frankreichs und Italiens in Kowno und Warschau, die von ihren Regierungen zur Prüfung der Lage an die polnisch-litauische Grenze entsandt worden waren, haben nunmehr ihre Berichte abgeschlossen und diese durch Vermittlung des französischen Außenministers Briand dem Völkerbundsrat zugefandt. Wie verlautet, sind diese Berichte soeben beim Völkerbundssekretariat eingetroffen. Aus den Berichten geht hervor, daß an der polnisch-litauischen Grenze völlige Ruhe herrsche und keinerlei Truppenbewegungen oder andere militärische Maßnahmen festgestellt worden seien. Die Aufgabe der Militärattaches, die von ihren Regierungen zu der Durchführung der Untersuchung beglückwünscht worden sind, ist nunmehr als abgeschlossen anzusehen. Es darf angenommen werden, daß die Berichte der alliierten Militärattaches in der nächsten Zeit zur Veröffentlichung gelangen werden.

Eine verhängnisvolle Folge des Kriegszustandes in Litauen.

Kowno, 14. Dezember. Als Folge des in Litauen nach immer bestehenden Kriegszustandes hat sich in der Nacht zum Mittwoch ein tragischer Fall ereignet. Ein Mann aus dem etwa 25 Kilometer von Kowno entfernten Roterhof kam nachts um 1 Uhr in die Stadt, um einen Arzt zu holen, da seine Frau bei ihrer Niederkunft dringend ärztlicher Hilfe bedürfte. Die Polizei nahm den Bürger in Haft, da nach den Bestimmungen des Kriegszustandes das Betreten der Straßen nur bis 1 Uhr nachts gestattet ist. Erst um 7 Uhr morgens wurde der Verhaftete entlassen. Als er um 8 Uhr mit dem Arzt zu Hause anlangte, war die Frau bereits tot.

Die Bestrafung

der Urheber der siebenbürgischen Ausschreitungen.

Bukarest, 14. Dezember. Ueber die Studentenumruhen veröffentlicht die Regierung ein Communiqué, wonach in Großwardein, Klausenburg und Bukarest 76 Studenten und 37 Privatpersonen vor das Kriegsgericht gestellt werden. Der Präsident des Distriktes, Bihar, und die Polizeipräsidenten von Klausenburg und Großwardein sind ihrer Ämter enthoben worden. Die Untersuchungen werden fortgesetzt und die schuldigen Studenten, die gleichzeitig Beamtenstellungen einnehmen, werden ihrer Ämter enthoben. Die weniger Schuldigen werden sich vor dem Universitätsrat zu verantworten haben. Weitere 50 Studenten, gegen die zurzeit die Untersuchung noch läuft, werden ebenfalls vor das Bukarester Kriegsgericht gestellt werden. Sämtliche Universitäten werden am 16. Dezember geschlossen und die Studenten in die Ferien geschickt.